

Frist ist Frust

Die Hälfte der Wissenschaftler/innen hat einen Arbeitsvertrag von unter einem Jahr. Im Frühjahr startete deswegen die Kampagne „Frist ist Frust“, die sich für die Entfristung von Stellen an Hochschulen einsetzt.

Interview: Sarah Kröger



Jan Cloppenburg studiert an der HU Berlin den Master Wissenschaftsforschung. Außerdem ist er Mitglied der Studierendenvertretung und im Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) aktiv.

Foto: privat

WILA Arbeitsmarkt: Sie setzen sich für mehr unbefristete Stellen an Hochschulen ein. Warum?

Jan Cloppenburg: Es gibt aktuell sehr wenige Möglichkeiten, an Hochschulen zu verbleiben, ohne zwangsläufig Professor/in werden zu müssen. Unterhalb dessen sind 90 Prozent der Stellen befristet, die Hälfte davon hat einen Arbeitsvertrag von unter einem Jahr. Das ist absurd. Bei einer solchen Jobsituation gibt es keine Planungssicherheit, man kann schwer einen Kredit aufnehmen oder eine Familie gründen. Die Hälfte der Wissenschaftler weiß nicht, ob sie nächstes Jahr überhaupt noch wissenschaftlich tätig sein kann.

Was sind die Forderungen der Kampagne?

Der Aufhänger für unsere Kampagne waren die Verhandlungen zum neuen Hochschulvertrag. Im Rahmen des "Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken" stellt der Bund den Universitäten jährlich circa zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Die Länder steuern jeweils dieselbe Summe bei. Das macht immerhin über zehn Prozent der Grundfinanzierung der Hochschulen aus. Bislang war der Hochschulvertrag immer auf eine Förderperiode befristet. Das war ein Argument für die Universitäten, die Wissenschaftler, die darüber finanziert wurden, nur befristet einzustellen. Doch der dauerhafte Einstieg des Bundes in die Hochschulfinanzierung rechtfertigt das nun nicht mehr. Daher fordern wir die vollständige Verwendung der

Hochschulpaktmittel für Dauerstellen: Wir brauchen einen Entfristungspakt!

Konnten Sie etwas erreichen?

Bislang wurden die Gelder nur nach einem Kriterium vergeben, nämlich nach den Studierenden im ersten Hochschulse semester. Wir haben gefordert, dass die Beschäftigungsbedingungen in dem neuen Vertrag als Vergabekriterium auftauchen. Neben dem bisherigen Kriterium – der Zahl der Studierenden im ersten Semester – sind nun auch noch die Gesamtzahl der Studierenden und die Anzahl der Absolventen hinzugekommen. Tatsächlich wurde der Punkt „unbefristete Beschäftigung“ vom Bund sogar als viertes Kriterium vorgeschlagen, ist dann aber leider doch nicht mit aufgenommen worden. Trotzdem ist das Ziel, unbefristete Beschäftigung zu fördern, im Zukunftsvertrag gelandet. Das hat auf jeden Fall mit unserer Kampagne tun, und damit haben wir einen wichtigen Zwischenschritt erreicht.

Einen Teilerfolg haben Sie erzielt. Wie möchten Sie Ihre Kampagne fortsetzen?

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung möchte, dass jedes Bundesland eine Verpflichtungserklärung abgibt, in der es erklärt, wie es die Ziele des Zukunftsvertrags umzusetzen wird. Nun ist auch das Teilziel „Ausbau von dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen“ eines der Vertragsinhalte. Das bedeutet, dass die Länder konkretisieren müssen, wie sie mehr unbefristete Beschäftigung fördern wollen. In

unserer Kampagne konzentrieren wir uns nun auf die Länder und weisen sie darauf hin, wie wichtig es ist, mehr unbefristete Stellen an Hochschulen zu schaffen. Die Verpflichtungserklärungen von den Ländern müssen im Januar 2020 veröffentlicht werden, von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz werden sie im Sommer 2020 zur Kenntnis genommen. Daher haben wir noch keinen fertigen Aktionsplan. Wir überlegen aber schon, wen wir wie am besten ansprechen können und wo wir unsere Forderungen unterbringen. Denn die Strukturen in den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich. In Berlin zum Beispiel wird gerade ein neues Hochschulgesetz geschrieben, das Anfang nächsten Jahres verabschiedet werden soll. Das ist natürlich eine Chance, die Berlin unbedingt wahrnehmen sollte, um bessere Personalmodelle auch rechtlich zu ermöglichen.

Was sind mögliche Lösungsansätze, um die Beschäftigungssituation zu verbessern?

Die Ursachen für diese Situation sind divers. Wir wünschen uns nicht nur eine dauerhafte und bessere Finanzierung der Hochschulen. Wir fordern auch eine Korrektur des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, das die Befristung von Arbeitsverträgen, über die Möglichkeiten des Teilzeit- und Befristungsgesetzes hinaus, ermöglicht. Und wir setzen uns für eine veränderte Stellenstruktur an den Hochschulen ein, die nicht die Mehrfach-Abhängigkeit von den Professoren unterstützt. Momentan ist der Professor der Betreuer der Doktorarbeit, später Prüfer, bei Drittmittelprojekten der Projektverantwortliche und darüber hinaus auch der Vorgesetzte. Das Lehrstuhlprinzip produziert multiple Abhängigkeiten. Es sollte neue Möglichkeiten geben, neben der Professur an einer Hochschule dauerhaft wissenschaftlich tätig sein zu können. Wir als Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft arbeiten gerade an konkreten Vorschlägen für ein neues Personalmodell.

Mehr Infos zu der Kampagne unter www.frististfrust.net